



Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Erntedankfest...
Redaktion: Berlin NW. 6. Schiffbauerdamm 19 III.
Verleger: Kurt Roden 2895 und 2896.

Indem Sie diesen Briefbogen unterschreiben, erklären Sie, dass Sie den Inhalt der „Freiheit“...
Erscheinung: Berlin NW. 6. Schiffbauerdamm 19.
Verleger: Kurt Roden 2896.

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Donnerstag, den 16. Januar 1919

Nummer 29

Ermordung Liebknechts und Luxemburgs?

Bestien.

Berlin, 16. Januar. (W. T. B.) Bestimmte auf-tretende Gerüchte wollen wissen, der in der Nacht ver-haftete Karl Liebknecht sei bei einem Flucht-versuch im Tiergarten am Neuen See erschossen worden.

Auch Rosa Luxemburg soll während ihres Ab-transportes aus dem Edenhofel von der wütenden Menge aus dem Wagen gerissen und gestöbt worden sein.

Eine amtliche Bestätigung liegt bisher nicht vor.

Berlin, 16. Januar. In der Stadt laufen immer bestimmtere Gerüchte um, wonach Karl Liebknecht, der heute nacht verhaftet und in das Stadtquartier im Edenhofel abgeführt wurde, während seines Transportes nach Moabit am Neuen See im Tiergarten einen Fluchtver-such unternommen hätte und, als er auf wiederholten An-ruf der Wache nicht stehen blieb, erschossen worden sei.

Auch Rosa Luxemburg war verhaftet und nach dem Edenhofel gebracht worden. Angesichts der drohenden Haltung der Menge, die das Edenhofel immer dichter um-

drängte, wurde zu einer List (?) gegriffen, um sie in einem Wagen abtransportieren zu können. Die Menge erkannte die Gefangene aber, rief sie aus dem Wagen heraus und mißhandelte sie furchterlich. Es war nicht möglich, ihr Hilfe zu bringen. Es heißt, sie sei erschossen worden. Der Wagen, in dem die (die Kerle schreiben nicht mal Frau!) Luxemburg transportiert wurde, wurde leer am Kanal aufgefunden. Von dem Verbleib der Leiche hat man keine Kenntnis.

Für diese Meldungen liegt eine amtliche Bestätigung bisher nicht vor.

Wir müssen noch hinzufügen, daß uns eben gemeldet wird, daß die Leiche Liebknechts im Schauhaus von Genossen erkannt worden ist. An der Nachricht ist also kaum ein Zweifel mehr möglich.

Das ist die Frucht der Gewaltpolitik der Ebert-Scheidemann-Landsberg, das die Frucht der gewissenlosen Hebe des „Vorwärts“ und seiner bürgerlichen Helfershelfer, das ist das Werk des Noske und seines Vorgesetzten Reinhard. Ueber sie komme das Blut. Das deutsche Proletariat wird über sie das Urteil sprechen.

Der Bankrott der Regierungs-politik.

Der Artikel ist vor der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs geschrieben, die uns erst bei der Redaktionsschluss bekannt wurde.

Kein Tag, an dem nicht die Realisation Ebert-Scheidemann oder gar der Herr Oberbefehlshaber selbst, Noske, ihre hochtrabenden Kundgebungen erlassen, in denen die Sicherheit der Verlon, des Eigentums usw. garanti-ert wird. Und die Revolutionäre dürfen sich nicht beklagen, sie werden auf Nummer Sicher gebracht und zur Erhöhung ihrer Unversehrtheit mißhandelt wie Liebknecht, den man nach der Verhaftung am Kopf verwundet hat. Daneben muß sich die ganze Arbeiterklasse von dieser „Arbeiter“-Regierung eine entwürdigende, ihre Ehre mit Füßen tretende Behand-lung gefallen lassen, die unerhört ist.

Unerhört, ein europäischer Skandal ist auch die Verhaftung Karl Lautsches, der in der ganzen Internatio-nale mehr Achtung genießt als die Ebert-Scheidemann-Noske Verachtung, und das will viel sagen. Und eine Schande sind Vorkommnisse wie die Ermordung und Ver-richtung anderer Parteimitglieder.

Provokierend und verächtlich ist die Sprache des Re-gierungsorgans, das alle Verhaftungen und Maßnahmen als höchste Notwendigkeit anpreist, als ob die Nutznießer der revo-lutionären Entschlossenheit und des Opfermuts der Arbeiter nach den alten Gesetzen nicht alle Hochverräter wären.

Und das ist traurig, elendhaft. Aber gefährlich sind die Konsequenzen der Regierungs-politik. Was Herr Noske in die Wege geleitet hat, die Anwerbung und Ausrüstung der Offiziere und Studenten, wird mit allem Nachdruck fort-gesetzt. Täglich erscheinen die Aufrufe in der ganzen bür-gerlichen Presse. Nur ein Beispiel aus den heutigen Mor-tenblättern:

Wachtelwache Männer heraus! Bürger! Soldaten! Offiziere! Studenten! Wir gebrauchen Euch sofort im Frei-willigen Regiment Reinhard (4. Garde-Regiment zu Fuß).

Hauptquartier: Moabit, Kriminalgebäude (Eingang Mathenauer Straße 76).

Uniform, Papieren mitbringen!
Wohlgeachtet, diese Aufrufe erscheinen, während Berlin von einer überwältigenden Truppenmacht besetzt ist, an allen Straßenecken die Kanonen und Maschinengewehre auf-geföhrt sind und die Bevölkerung völlig terrorisiert ist.

Man bewaffnet die Offiziere und Studenten, immer mehr Offiziere, immer mehr bürgerliche Reaktionäre, und erzwingt die Arbeiter! Das ist die Politik der einseitig wahren sozialistischen Regierung. Wir möchten nur wissen, wie denn die Politik einer konterrevolutionären Regierung anders aussehen könnte!

Was wir der Regierung voraussetzen haben, ist ein-getroffen: aus einem Werkzeuga sind die Offiziere und Generale heut bereits ihre Herren geworden. Da wird geredet über die Durchführung der Soldatenforderungen, über Demobilisierung, über Wiederentfernung der Truppen. Wie lächerlich! Als ob sich heute diese Regierung, der immer wachsende Massen der Arbeiter mit stets wachsender Ak-tivität gegenüberstehen, noch viel gegen den Willen der Offi-ziere, der Generalität, des Bürgertums ausdrücken könnte, selbst wenn sie ernstlich wollte.

Rein, die verhängnisvollen Folgen der Politik, die zum Bruderkampf geführt hat, die den Kampf wollte und nicht die Beilegung treten jetzt erschreckend zutage.

Wie liegen die Dinge? Schon am zweiten Tage des Anniösen Bruches war für alle klar, daß der sozialistische Versuch gescheitert war. Es hatte sich herausgestellt, was hier stets gesagt worden war, daß hinter Spartakus nur eine recht geringe Macht stehe. Unsere Parteileitung bot Ver-mittlung an. Es war kein Zweifel, daß die Vermittlung, wenn sie von der Regierung angenommen worden wäre, Er-folg gehabt hätte. Die Brechbarkeit — auch wir hielten die

Liebknecht und Rosa Luxemburg verhaftet.

Der „Vorwärts“ schreibt:

Am Mittwoch morgen veröffentlichte die „Motte Bohne“ einen Artikel Liebknechts, worin er erklärte, die Spartakusführer seien nicht geflohen und der schließliche Triumph sei ihnen sicher.

Wegen Abend wurde einigen Wilmersdorfer Einwohnern bekannt, daß Liebknecht sich bei dem ihm eng befreundeten Theodor Marcussen in der Mannheimer Straße 48 aufhalte. Es gelang, Liebknecht festzunehmen und einer Militär-patrulle zu übergeben, die ihn im Auto zum Stab der Garde-Schützen-Kavallerie-Division in das Eden-Hotel am Zoologischen Garten brachte. Liebknecht soll zunächst gefesselt haben. Karl Liebknecht zu sein. Es wurden jedoch an ihn gerichtete Briefe bei ihm gefunden und die Wäsche des Verhafteten trug die Buch-staben A. L. Ueberdies wurde Liebknecht auch von mehreren Personen zweifelsfrei erkannt.

Das von und veröffentlichte Dokument, wodurch ein aus Liebknecht, Ledebour und Scholz bestehender „Revolutionä-rusausschuss“ die Reichsregierung abgesetzt und an ihre Stelle zu treten erklärte, rechtfertigt schon für sich allein die Ver-haftung Karl Liebknechts.

Der „Vokalanzeiger“ berichtet dazu noch:

Nachdem Liebknechts Verhaftung einmündig festgestell-t worden waren, wurde er unter ständiger Beobachtung in ein Auto gebracht. Liebknecht saß mit großer Ruhe auf dem Rücksitz des Kraftwagens nieder. Hierdurch erreichte er die Zeit der Umstehenden (!) in so hohem Maße, daß un-mittelbar vor Anfahren des Wagens einer der Umstehenden auf Liebknecht stürzte und ihm einen wichtigen Stich über den Kopf versetzte.

Bald nachdem das Auto verschwunden war, wurde auch Rosa Luxemburg im Eden-Hotel eingeliefert, wo sie sich zur Zeit noch befindet. Das Hotel wurde auf das Schärfste gegen die Anwesenheit abgesperrt. Niemand wurde hinein- oder her-ausgelassen.

Als weiß Liebknecht sich nicht feige und demütig benahm, wird er mißhandelt und verwundet! Das paßt trefflich zu all dem anderen, was uns die Ebert, Scheidemann, Lands-berg und Noske bescher! haben. Unterdessen ist das alles ja durch die gräßliche Nachricht von ihrer Ermordung überholt.

Das Verhaftungsieber.

Am Mittwoch mittag hat man auch Frau Käthe Dun-ker, die bekannte Kämpferin der Schulreform, in ihrer Wohnung verhaftet. Sie wurde erst in die Reichsgefängnis, von dort nach Moabit transportiert.

Der Herausgeber der „Aktion“ Franz Bismert wurde

zusammen mit seiner Ehefrau Alexandra Bismert auf der Kommandantur Kronprinzenpalais verhaftet. Bismert und seine Frau waren dorthin gerufen worden unter dem Vorwand, man wolle die durch die Regierungstruppen bei der Haus-suchung verübten Plünderungen und Zer-störungen feststellen. Ein Kriminalkommissar, der die Wohnung besichtigte, erklärte, er habe in seiner 25-jährigen Tätigkeit noch nie eine solche Verführung gesehen. Die Tat ist nach dem bewährten Muster Belgien 1914 ausgeführt; die gleichen Straftaten sind am Werk.

Der Schriftsteller Carl Einstein, früher im Zentra-len Soldatenrat Brüssel, und seine Gattin wurden ohne Angabe irgend welchen Grundes durch Regierungstruppen ver-haftet. Man schleppte den schwerkranken Einstein — der einen aufgemerkten Schädel mit eilender Wunde hat — durch vier Kommandanturen. Auf der vierten ließ man die Verhafteten los, da man überhaupt keinen Grund angeben konnte, warum sie fest-genommen worden waren.

Es scheint tatsächlich, als ob man jeden, der revolutionäre Gedanken vertritt, hinter Schloß und Riegel setzen wolle. Auch das in wirklich demokratischen Ländern und besonders in dem der ausgedehnten politischen Haus-suchungen treibt in der neu-deutschen Terra nova Blüten.

Die sozialistische Einheitsfront in Bayern.

München, 16. Januar. Die Vertreter der freien Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Mitglieder des Münchener Arbeiter-rats nahmen gestern Beschlüsse zugunsten der Errichtung einer sozialistischen Einheitsfront an, wobei alle Führer und Parteimitglieder neugewählt werden sollen. Die Resolution lautet:

„Die Forderung der Arbeiter- und Soldatenräte Bayerns ver-lange die sofortige Einstellung des grausamen Studentenregimes in Berlin. Sie verurteilt die terroristischen Kampfmittel der Spar-takusgruppe und brandmarkt die Bewaffnung des Bürger-tums gegen die Proletariat. Die sozial-demokratische Einheitsfront aller revolutionären Proletarier ist heute das Wort der Stunde zur Verwirk-lichung des Sozialismus. Die mangelnde revolutionäre Initiative in Berlin, unter der selbst ein Lubendorff es wagt, nach Berlin zurückzukehren, erfordert unbedingt eine Neubildung, bei der alle sozialistischen Parteien vertreten sein müssen.“

Belegung der Redaktionen für ganz verfehlt — wäre in einigen Stunden hergestellt gewesen. Spartakus hätte vor seinen eigenen Anhängern die verdiente höhere moralische Niederlage erlitten.

Die Regierung bereitete jede Vermittlung, sie glaubte, ihre Stellung zu stärken, die Unterstützung des Bürgertums zu gewinnen, ihren Anhängern zu imponieren und die anderen sozialistischen Parteien zu erdrücken. Vergebens war der Proteststurm der Arbeiter gegen den Bruder-mord.

Die Kanonen sprachen, die ohnehin zusammengebrochene Bewegung wurde glorreich niedergeworfen, die rechts-sozialistischen Führer feierten den Sieg, die Stützen des alten Systems wurden bewahrt, Berlin mit immer neuen Truppenmassen überdeckt, Spartakus eine Märtyrer-Gloriole verschafft, die Arbeiter entmannt, erbittert, in der unheiligen Spaltung erhalten und die Gegenrevolution geradezu herangezögelt.

Brutus Mollenhuth hat in seiner tapferen Rede bereits ausgeführt, welche Gefahren die Politik der Regierung heraufbeschworen hat. Er hat den Offizierabsolutismus geschildert, den Herr Noske geschaffen hat. Wir wollen nur hinzufügen, daß diese Gefahren leichtfertig und unbedonnen von der Regierung herbeigeführt worden sind. Denn man kann nicht nachdrücklich genug betonen, daß, als die Regierung die Vermittlung bereitete, die Gefahr des sozialistischen Putschs beiläufig war, daß auch vom rechts-sozialistischen Standpunkt aus die Gewaltanwendung unnötig und weil unnötig, unverantwortlich war.

Jetzt ist diese Regierung gar nicht mehr imstande, diesen Gefahren zu begegnen. Jetzt können die Arbeiter sich nur selbst helfen. Sie müssen sich vereinigten, um die Revolution zu retten, und endlich eine Regierung einleiten, die ihr Vertrauen hat und unabhängig von den Trägern der bürgerlichen Reaktion ist. Es ist Gefahr im Verzuge!

Der Terror der Straße.

Die von Herrn Noske zum Schutze der Freiheit aufgebundenen Soldaten beherrschen vollkommen das Straßenleben Berlins. Auf Schritt und Tritt wird man angepöbeln und nach Waffen und Ausweisen gefragt. Es ist jetzt gefährlicher durch Berlin zu gehen, als in den ersten Tagen des Spartakusputsches im Zeitungsquartier. Die jungen Soldaten, die über die Situation völlig im Unklaren sind, von denen jede Ausföhrung durch die Wachschichten der Offiziere polizeilich ferngehalten wurde, fühlen sich als die Herren der Lage. Nur die wenigsten von ihnen scheinen jemals vom Sozialismus etwas gehört zu haben. Sie sind stolz auf ihre Waffen und sind jeden Augenblick bereit, in der rücksichtslosesten Weise von ihrem Gebrauche zu machen. Dazu kommt, daß viele Truppenelle auf eigene Faust den Schutz der Regierung betreiben. Sie nehmen Hausdurchsuchungen vor, verhaften Personen, die ihnen verdächtig erscheinen, bedrohen die Pressefreiheit, die sie beschlagen sollten.

Auch gestern nacht wurde wieder am Schiffbauerdamm geschossen. Wir haben festgestellt, daß Regierungstruppen von einem Spreecufer zum andern herüber und hinüber schossen. Vor dem Eingang zur Lindenbrücke schloß zum Scherz ein Posten seinen Revolver ab, obwohl er von einem Angestellten der Polizeidirektion auf das Gefährliche einer solchen durch nichts veranlaßten Scherz aufmerklich gemacht worden ist. Der Schuß hatte eine minutenlange Schießerei vom anderen Spreecufer zur Folge. Und so, wie es hier getrieben wird, geht es in den verschiedenen Stadtteilen Berlins.

Nach der Bestätigung des Parteibüreaus der U. S. P. am Schiffbauerdamm hat sich in der letzten Nacht die Regierungstruppen einen neuen Gewaltstreik erlaubt. In der Friedrichstraße, Ecke Laubengasse, befindet sich das Bureau der Fürsorgekommission für russische Kriegsgefangene. Als heute morgen die Angestellten an ihre Arbeit gehen wollten, fanden sie den Eingang von Stahlhelmen Soldaten bewacht. Niemanden wurde Einlaß gestattet. Die Soldaten gaben an, von dem Bureau aus, das sich im 4. Stock befindet, sei diese Nacht geschossen worden. Wir stellen fest, daß das Bureau jeden Abend geschlossen wird und niemand während der Nacht darin zurückbleibt. Das Bureau dient nicht politischen Zwecken, sondern es ist eine Organisation, die den Abtransport der russischen Kriegsgefangenen leitet. Anzeichen hat man aber in dem Hause Volkswissen vermutet. Da diese und ihr Eigentum vogelfrei sind, wurde ein Sturm auf die Bureauräume unternommen, die Türen gesprengt, die Einrichtung zertrümmert, alles, was sich in den Räumen befindet, durcheinander gemischt. Man hat aber weder einen Spartakisten noch Waffen gefunden. Trotzdem behaupten die Soldaten, es seien Waffen und Propagandaschriften dort versteckt gewesen. Damit will man hinterher die Schießerei rechtfertigen. Eine einwandfreie Untersuchung wird jedoch die Unhaltbarkeit dieser Behauptung ergeben. Wie bei dem Angriff auf das Parteibureau der U. S. P., so handelt es sich auch hier lediglich um einen Gewaltstreik.

Das Büro ist feinerzeit von der Regierung Bert-Quaase als Fürsorgekommission der russischen Kriegsgefangenen ausdrücklich anerkannt worden. Der Verwaltung des Büros wurde von der Regierung die Herausgabe der Zeitung für russische Kriegsgefangene „Russischer Sozialist“ unter Mitwirkung des Kriegsministeriums übertragen. Das werden auch die einzigen „Schriftchen“ gewesen sein, die man gefunden hat. Da das Gebäude zur Stunde noch streng bewacht wird, können wir über den Umfang der Zerstörungen ein genaueres Bild nicht geben.

Gegen die Lügen der Regierungspresse.

Zu der Notiz „Eine Lüge über Oberst Reinhardt“ in der „B. Z.“ am Mittwoch Nr. 2 und dem „Vorwärts“ Nr. 21 unter der Überschrift: „Das Schicksal der gefangenen Spartakus-Genossen“ bringen die unterzeichneten Mitglieder des Volksgenossenschaftsrates folgende Verlautbarung:

Am Sonnabend, den 11. d. M., erhielten wir von dem Zentralrat und dem Volksgenossenschaftsrat den Auftrag, die Lage der Gefangenen in den Kaniern festzustellen und den beiden Instanzen darüber Bericht zu erstatten. Bei Ausübung dieser Tätigkeit hatten wir eine Besprechung mit dem Oberst Reinhardt im Kasino des 4. Garde-Regiments.

Auf den Hinweis eines unserer Kommissionsmitglieder, daß die Gefangenen politische Gegner seien und daß der Rat der Volksgenossen und der Zentralrat Wert darauf legen müßten, daß sie durch ein ordentliches Gerichtsverfahren abgeurteilt werden, erklärte Herr Oberst Reinhardt: „Für mich sind diese Gefangenen Räuber und Plünderer, die auf meine Truppen zuerst geschossen haben. Ich werde morgen aus den Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren ein Sondergericht zusammensetzen und sie zur Ab-

urteilung bringen. Ich habe für diese Aktionen in Berlin das Oberkommando übernommen. Ich bin republikanischer Offizier, und stehe auf vorgeschobenem Posten. Ich handle als Soldat, und da hat mir weder der Rat der Volksgenossen noch der Zentralrat dreingeredet.“ Auf einen neuen Einwand der Kommission erwiderte Oberst Reinhardt: „Inwieweit, ich werde meine Absicht nur auf eine Weisung der mir militärisch vorgesetzten Stelle ändern.“ Die Kommission sah es als ihre Pflicht an, da ihr sehr große File geboten schien, dem Rat der Volksgenossen und dem Zentralrat in der Reichskanzlei Bericht zu erstatten. Auf Grund unseres Berichtes an den Volksgenossenschaftsrat Landberg soll der Volksgenossenschaftsrat die Einsetzung eines Sondergerichts durch den Oberst Reinhardt dann verhindert haben.

Die Kommission:
ges.: Ruch, Stoll, Vieh.

Männer und Frauen!

Wer Zeugnis ablegen will

für die Revolution
für den Sozialismus
gegen den Krieg
gegen jede Unterdrückung

der wählt

nur die Kandidaten der

Unabhängigen Sozialdemokratie.

Mißhandlungen durch Regierungstruppen.

Von einem Augenzeugen wird uns berichtet: Am letzten Sonntag hatte das Publikum Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, wie die Regierungstruppen ihr Eintreten für Ruhe und Ordnung auffassen. Ich befand mich abends gegen 11 Uhr in Begleitung meiner Frau auf dem Stettiner Bahnhof. Ein Kriegsschädigter, der am Stode ging, hatte die Treppe erklimmt, um sich in die Vorkasse zu begeben. Auf der Treppe wurde er von Soldaten nach seiner Fahrkarte gefragt. Da er keine hatte, wurde ihm in barschem Tone befohlen, die Treppe zu verlassen. Als dies nicht schnell genug vor sich ging, faßte ihn der Soldat an der Brust und versuchte ihn die Treppe herunterzuschmeißen. Auf seine Bemerkung, daß er kriegsschädigt sei und nicht so schnell laufen könne, sprangen noch zwei bis drei Mann auf ihn zu und stießen ihn fortwährend vor sich her bis auf die Straße. Unter den Knöcheln tat sich besonders ein dicker Herr hervor, der keine Uniform, sondern einen schwarzen Pelz trug. Unter dem Publikum brach eine fürchterliche Entrüstung aus. Ein Mann, der versuchte, den Kriegsschädigten in Schutz zu nehmen, wurde von der Scheidemanngarde aus dem Bahnhof hinausgeworfen.

Ich möchte die Völkregierung Oberst-Scheidemann fragen, ob sie glaubt, sich mit solchen Heldentaten ihrer Beschützer beim Volke beliebt zu machen? Das Schlimmste ist, daß man der brutalen Gewalt preisgegeben ist und nicht einmal ein aufklärendes oder beruhigendes Wort an die Soldaten richten kann. Sie dulden keinen Widerspruch und drohen immer gleich mit der Handgranate oder der Schußwaffe. Ich bin bereit, diesen Vorgang durch Eid zu bekräftigen.

Für den Völkerbund.

Aus Amerika melden englische Blätter einen lebhaften Umschwung zugunsten des Völkerbundes. Im Senat sprach der Republikaner Cumber von Norddakota nachdrücklich für den Bund, dem sich das demokratische Deutschland anschließen müsse. Ex-präsident Taft erklärte: Wenn die Republikaner den Friedensvertrag mit einem Völkerbund ablehnen würden, dann würden sie die nächsten Wahlen verlieren.

Wie der Vertreter des „Corriere della Sera“ in Paris seinem Blatt meldet, macht sich innerhalb der leitenden französischen Kreise ein Umschwung zugunsten des Völkerbundes bemerkbar.

In Mailand fanden am Sonntag große Kundgebungen des italienischen Volkes für einen Völkerbund statt.

Brot genug.

Paris, 15. Januar. (Havas.) In der Sitzung des Obersten internationalen Berpflegungsrates wurde festgestellt, daß die Vorräte der ganzen Welt bei weitem genügen, um die Verpflegung der alliierten und bestellten Nationen zu sichern. Gegenwärtig werden alle Maßnahmen getroffen, um die Erzeugung und die Abfuhr der mit den Finanzströgen und den See- und Landtransporten zusammenhängenden Fragen zu sichern, bis das Projekt, das die Vertreter der vier Schatzämter einreichen werden, eingeht.

Politische Nachrichten.

Internationale Konferenz der Seelenute. Die vom Ausführenden Komitee des englischen Verbandes der Seelenute und Deutscher einuberufenende internationale Konferenz von Seelenuten wird in London am 24. Februar eröffnet werden.

Nach Würtemberg wird gemeldet: Der Minister des Innern, Crispian, und der Leiter des Kriegswesens, Sigelwedebeil Fischer, sind aus ihren Ämtern ausgeschieden. An ihrer Stelle sind laut Staatsanzeiger durch Beschluß der provisorischen Regierung Dr. Lindemann zum Minister des Innern und Leutnant der Landwehr II Professor Emanuel Hertmann zum Minister des Kriegswesens ernannt worden. Zugleich hat die provisorische Regierung den Hauptvorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Alexander Schilde, zum Arbeitsminister ernannt.

Der Abtransport der alliierten Kriegsgefangenen aus Deutschland ist, wie der Vorsitzende der französischen Kommission in Spa in der Sitzung der Gefangenenkommission vom 14. Januar mitteilte, im arden und ganzen als beendet anzusehen.

Groß-Berlin.

Die Wahl am Sonntag.

Immer mehr stellt es sich heraus, daß die auf die einzelnen Wahllokale entfallende Wählerzahl eine so große ist, daß es Mühe kosten wird, alle Wähler zur Wahl zugelassen. Die Wahlzeit ist von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends festgesetzt. Die Wähler müssen schon frühzeitig zur Wahl gehen. Rechnen wir auf einen Bezirk nur 1500 Wähler, die am Wahltag erscheinen, so müssen in vier Minuten 2 1/2 Wähler abgefertigt werden. Zur Abfertigung gehört die Feststellung, daß der Wähler in der Liste steht, worauf er seine Stimme dem Wahlvorsteher abgibt.

Unsere Genossinnen und Genossen müssen deshalb sich mit Legitimation, Nichtkontrakt, Militärpapiere, Inhaberkarte u. a. Geburtsurkunde, Steuerzettel usw. versehen und müssen pünktlich zur Wahl gehen. Die weiblichen Wähler werden gut tun, den Steuerzettel mitzunehmen.

Spandauer Arbeiter für Einigung.

Am Montag mittag trat die gesamte Arbeiterschaft der Staatswerkstätten Spandau, sowie die Arbeiterschaft der Firma Orenstein und Koppel zu einem gewaltigen Demonstrationsszuge an. Es galt, dem Vor'ikader innerhalb der sozialistischen Partei durch eine Massenkundgebung entgegenzutreten. Dies ist reiflos gelungen.

Ein schier endloser Zug von Demonstranten bewegte sich durch die Straßen Spandaus zum Freerzierplatz am Kolonnenring. Hier wurden die Massen von seiten ihrer Arbeiterdelegationen nochmals auf die Bedeutung der Aktion hingewiesen, die es von nun an erzwanglich, den Kampf gegen den Kapitalismus geent aufzunehmen. Insbesondere protestierten die Redner gegen jene Ausbreitung der bürgerlichen Presse Spandaus, welche die Einigkeit der Arbeitermassen als bolschewistische Verlogenheit und Vorkommnisse hinstellt. Zum Schluß sei bemerkt, daß der Zug in musterhafter Ordnung vor sich ging. Es ergibt sich hieraus, daß eine Einigung innerhalb der Partei wohl möglich ist, wenn die gesamten Führer der sozialistischen Gruppen den guten Willen hierzu zeigen.

Eine Verhaftungsgene.

Ueber die Art ihrer Verhaftung gibt die Schwester Karl Dieblich, Genossin Alice Weiser, nachstehende Schilderung:

Dienstag mittag um 1/3 Uhr erschienen plötzlich in meiner Wohnung drei bis an die Zähne bewaffnete Soldaten und erstarrten mich für verhaftet. Sie forderten mich auf, ihnen sofort zu folgen. Auf die Frage nach dem Namen und dem Grunde der Verhaftung zeigte mir einer der Soldaten ein Schriftstück, aus dem ich aber nichts entnehmen konnte, da mir keine Zeit zum Lesen gelassen wurde. Mir wurde erklärt, Grund zur Verhaftung sei die Tatsache, daß ich die Schwester von Karl Dieblich bin. Die Festnahme erfolge auf eine unglücklich brutale Art. Es wurde mir nicht einmal die nötige Zeit zum Umklehen gelassen, so daß ich genötigt war, in meiner Morgen-robe mitzugehen. Bei jeder Bewegung drohten mich die Soldaten mit ihrer Waffe. Es wurde mir nicht gestattet, meinem eine Treppe tiefer wohnenden Sohne Nachricht zu geben. Trotz dem ich mich nicht im geringsten widersetzte, faßten mich die Leute dort grob an, daß mein Pelzmantel zerriß.

Ich wurde nach dem Reichstag geführt. Nach eingehendem Verhör kam ich ins Untersuchungsgefängnis Moabit, wo die Verhaftung außerordentlich entgegenkommend war.

Ungefähr eine Stunde nach meiner Festnahme erschienen zwei Soldaten in Begleitung eines Schlossers, öffneten die Wohnung und hielten ohne Wissen dritter Personen eine Hausdurchsuchung ab. Das Ergebnis dieser hochnotpeinlichen Hausdurchsuchung war eine durchwühlte Wohnung, bei der Verschwinden einer Geldsumme von 218 Mark, das Fehlen einer Markkarte der Straßenbahn. Außerdem fielen den von der Regierung Beauftragten etwa 3 Pfund Weihnachtsäpfel bei der Durchsuchung der Speisekammer nach wichtigen Dokumenten zum Opfer.

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde ich am Mittwoch nach Hause entlassen.

Dies ist nur ein Beispiel für die Art des Vorgehens der Soldateska. Ähnliche Fälle sind und mehrfach zu Ohren gekommen. In einem Falle wurde sogar gedroht, falls nicht geöffnet wird, werde man die Tür mit Handgranaten sprengen. Dabei befand sich nur ein siebenjähriger Knabe in der Wohnung, die Eltern waren fortgegangen und hatten — wie das Eltern zu tun pflegen — dem Jungen verboten, fremde Personen einzulassen. Am nächsten Tage erschienen in derselben Wohnung zwei Hausdurchsucher andere Soldaten, an der Spitze ein Offizier, der sich u. a. auch die Bemerkung erlaubte, die Leute hätten ja noch nicht ihre Steuern bezahlt. Auch in dieser Wohnung wurde alles durcheinander gemischt. Gefunden wurde aber nichts. Ist das die Ruhe und Ordnung, die man wünscht?

Der Streik auf der Hochbahn.

Gestern nachmittag fanden vor dem Einigungsamt der Berliner Gewerbetreibenden Verhandlungen über die Forderungen der Hochbahnangestellten statt. Die Verhandlungen führten jedoch zu keinem Ergebnis, da sich die Hochbahngesellschaft nicht herbeilassen wollte, den Streikenden Zuständigkeiten zu machen. Es ist daher damit zu rechnen, daß der Streik noch fortgesetzt wird.

Die nächste Völkerversammlung der Soldatenräte Groß-Berlins findet am Freitag, den 17. Januar 1919, nachmittags 3 Uhr, im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses statt.

Der Volksgenoss der U. und S.-Räte Groß-Berlins ersucht uns, darauf hinzuweisen, daß nur solchen Anzeigen über „Hamsterlager“ und sogenannte „Wohnungshamstererei“ nachgegangen werden kann, die Namen und Adressen der Absender aufweisen. Mitteilungen, die anonym eingehen, müssen unberücksichtigt bleiben.

Aus den Organisationen.

Tempelhof, Freitag, den 17. 1. 19, abends 1/8 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Kaiserin-Augusta-Straße: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Ein letztes Wort zur Wahl. Referent: Dr. Herm. Wehl. Männer und Frauen, erscheint zahlreich.

Nieberschöneweide, Morgen, Freitag, abends 7 Uhr, findet in der Schulaula eine öffentliche Völkerversammlung statt. Referent ist der Genosse Hermann Müller. Am zahlreichem Besuch wird angefleht, der ersten Situation beizutreten.

Hermesdorf, Morgen, Freitag, den 14. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet eine große Völkerversammlung statt. Tagesordnung: 1. Punkt: Die Nationalwahlen. Referent: Genosse Hugo Gaaße. 2. Punkt: Diskussion.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Reuköln. — Druck der Lindenbrücke und Verlagsanstalt m. s. s., Schiffbauerdamm 12.